

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 275

Diez, Montag, den 25. November 1918

24. Jahrgang

Eine neue deutsche Protestnote.

WTB. Berlin, 23. Nov. An die pariserischen Regierungen ist eine Note gerichtet worden, in der es heißt:

Im Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens, welche sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Wilson. Anstelle des erwarteten, von den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und vom Wunsch einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Verwahrlosung und der Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern einer Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln.

Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie sollen die Wiederherstellung friedlicher Ordnung in Deutschland und einer geordneten Demobilisierung unmöglich machen. Sie wollen das schwergeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeit hohn sprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet sein, den Deutschen Reiche den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden in solchen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr hält. Denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen und kann es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wandte sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, so schnell als möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden aufzunehmen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk einen Anfang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter der Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die geschwächten und ermüdeten deutschen Truppen durch die Nichterfüllung von unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen, um damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn der Friede als Rechtsfriede geschlossen werden soll, so darf bei Entscheidungen in rechtsstrittigen Fragen nicht vorgegriffen werden.

Die deutsche Regierung muß diesem vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsatz gegenüber stehen, daß die von der französischen Regierung in Elsass-Lothringen getroffenen Maßregeln ebenso wie das Verfahren der Polen in den westlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Besatzungsteile des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die Zivilbevölkerung, als Verletzungen der Bestimmungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.

Gegen alle diese Verletzungen, die gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung scharfen Protest ein. Aus der Gewissung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht ausgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, wird aber nicht aufhören, das Leben und sein Recht zu fordern.

Berlin, 23. November.

gez. Solz, Staatssekretär.

Telephonische Nachrichten.

Spanien und der Völkerbund.

Madrid, 24. Nov. Habasmeldung. In der gestrigen Kommissionsitzung beantragte Gasset den Eintritt Spaniens in den Völkerbund nach Wilsons Grundsätzen. Graf Romanones erwiderte, die Regierung nehme den Vorschlag an, vorausgesetzt, daß Spanien in schwierigen diplomatischen Fragen volle Freiheit behalte.

Eine Niederlage der Unabhängigen.

Dresden, 24. Nov. Die Unabhängigen haben bei den Wahlen zum Arbeiterrat von Großdresden eine schwere Niederlage gegenüber den Sozialdemokraten erlitten. Sie dürften nur 3-4 Sitze erhalten.

Aus Marokko.

Madrid, 24. Nov. Wie aus Mekilla gemeldet wird, hat die in der Nähe des spanischen Gebietes gegen die Franzosen kämpfenden, aus Marokkanern und Deutschen bestehende Harka den Spaniern und Franzosen ihre Übergabe angekündigt.

Kälte am Mittelrhein.

Mainz, 24. Nov. Ueber den Mittelrhein geht gegenwärtig eine Kältefront von 10 Grad.

Das Bürgertum.

In allen Städten der deutschen Republik haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet und die politische und Vollzugs Gewalt in die Hand genommen. Wir haben diesen Männern zu danken, daß sich auch in der hiesigen Gemeinde der Umsturz in Ruhe und Ordnung vollzogen hat. Der A- und S-Rat ist von der heiligen Pflicht befeuert, während der äußerst schwierigen Uebergangszeit zum Wohle der Gesamtheit jedes Chaos abzuwenden, besonders die komplizierte Aufgabe der Ernährung zu lösen. Bis jetzt ist alles in geregelter Bahn geleitet.

Die deutsche Republik ist im Werden. Sie soll aufbauen werden auf der politischen Gleichberechtigung aller Klassen. Niemand soll und darf bevorzugt werden; dem Tätigen freie Bahn! muß für alle gelten. Soll die deutsche Republik sich im Kreise der Völker einfügen und Ansehen verschaffen und sichern, dann darf sie kein Klassenstaat sein, weder von links noch von rechts, sondern muß im ganzen deutschen Volk wurzeln. Wenn das Bürgertum nicht ausgeschaltet sein will, muß es sich regen, darf nicht grollend oder resigniert in Untätigkeit verharrten, es muß sich in achtunggebietender Masse vereinen. Daher muß das Bürgertum einen Bürgererrat wählen, der sich der bereits bestehenden Körperschaft des A- und S-Rates anschließt.

Die Ankunft der Armee Marwitz.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Die 5. Armee unter dem Oberbefehl des Generals der Kavallerie v. d. Marwitz wird auf ihrem Einzugs, wie wir aus sicherster Quelle erfahren, am 29. November den Rhein überschreiten. Der Uebergang vollzieht sich in drei Heereskolonnen an drei verschiedenen Punkten. Die Hauptmasse geht bei Mainz über die Brücken dann in zwei Reihen nach Osten. Die südliche bewegt sich in der Richtung Groß-Gerau, Langen nach Seligenstadt und erreicht hier den Main; die Hauptgruppe, ebenfalls von Mainz kommend, marschiert über Höchst — Frankfurt weiter. Der nördliche Flügel der Armee setzt bei Wiesbaden über den Rhein und geht nach Norden bis zur Lahn, wobei Eins wahrheitsgemäß ist mehr herüber wird. Die ganze Durchmarschzeit der gewaltigen Menschenmassen, sowie des umfangreichen Heeresparks durch unser Gebiet wird, falls alles glatt von statten geht, auf 8-9 Tage berechnet. In Frankfurt werden täglich 20 000 Mann einquartiert; jedoch ist für 30 000 Mann Unterkunft bereitgestellt. — General v. d. Marwitz richtet an das Bürger-Kreisamt folgende Drabingung: „Ich bitte dringend, durch die Ortsbehörden die Einwohner anzuweisen, den Truppen Wein oder sonstigen Alkohol nicht in größeren Mengen zu verabfolgen, da durch unmaßigen Alkoholgenuß die Disziplin bedenklicherweise gefährdet wird.“

Ein Aufruf des Generals an die Bevölkerung des Rhein-Maingebietes, den durchziehenden Truppen einen herzlichen Empfang zu bereiten, erscheint in den nächsten Tagen.

Deutschland.

WTB. Saarbrücken, 22. Nov. Auf die Kunde, daß die Franzosen im Annahme, seien, wurden gestern gegen 10 Uhr vormittags die zur Begrüßung der deutschen durchziehenden Truppen wehenden Flaggen eingezogen. Eine französische Abteilung von etwa 20 Kompanien trat von Forbach in Lothringen kommend, die Stadt, kehrte aber um und lagerte tagsüber außerhalb derselben und an der sogenannten Bellevue. Die Abteilung marschierte ohne Führung von Offizieren. Ihr Verhalten war zurückhaltend und korrekt.

München, 21. Nov. Die Staatszeitung enthält wiederum die aus andern Blättern stammende Meldung, Kronprinz Rupprecht sei als Botschafter zu kurzem Aufenthalt in der Schweiz eingetroffen. Er habe bis zum Abschluß des Waffenstillstandes bei den Truppen ausgeharrt, dann aber den Oberbefehl niedergelegt. Die neue bayerische Regierungsform habe er nicht anerkannt. Ob die Meldung richtig oder bloß ein Gerücht ist, konnte ich bisher nicht feststellen.

Berlin, 22. Nov. In Oldenburg, Ostfriesland, Bremen und dem preussischen Regierungsbezirk Stade sind starke Bestrebungen auf Gründung einer Republik mit separatistischem Einschlag im Gange.

Berlin, 21. Nov. (WTB.) Der A- und S-Rat Posen teilt mit, daß alle Gerüchte über das Anrücken von polnischen Formationen unwahr sind.

WTB. Berlin, 20. Nov. Staatssekretär Preuß äußerte zu einem Vertreter der Politisch-parlamentarischen Nachrichten über die Nationalversammlung u. a.: Ich hoffe von ganzer Seele, daß die Nationalversammlung jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau fest an das Vaterland binden wird. Die nationale Einheit Deutschlands unüberbrücklich festzuhalten und in freien und festen Formen auszugestalten, das ist zur Zeit das wichtigste Anliegen. Für uns kann es keinen fürchterlichen Gedanken geben als die Gefahr, daß in dem Augenblick, wo sich draußen die staatliche Welt auf dem Grunde des Nationalitätsprinzips neu gestaltet, der Zusammenhalt des deutschen Nationalstaates bedroht sein könnte. Damit würde das deutsche Volk wieder zum Aßenbrödel unter den Völkern werden. Die Nationalversammlung muß bewirken, daß der Volksstaat ein deutscher Nationalstaat

ist, sonst sind die politischen, wirtschaftlichen materiellen und irdischen Interessen eines jeden Deutschen schwer bedroht.

Die Sicherheit der Kriegsanleihen. Reichsschatzsekretär Schiffer hat in einer Unterredung u. a. folgendes erklärt: „Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, sowohl was die Schuldverschreibungen als auch was die Reichsschatzanweisungen anbelangt, zu ungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Es ist dies nicht ausdrücklich in den Regierungserklärungen betont worden, es ergibt sich aber sinngemäß aus der Mitteilung, daß die Rechte der Kriegsanleihebesitzer nicht angetastet werden sollen. Was den Besitzern der Kriegsanleihen versprochen ist, werden wir unbedingt halten.“

Trennung von Staat und Kirche?

WTB. 19. Nov. Die Köln Volkszeitung meldet aus Berlin: Der neue preussische Kultusminister, Adolf Hoffmann, plant, in einigen Tagen auf dem Wege des Budgets die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Als Beginn des neuen Zustandes ist der 1. April 1919 bestimmt worden. Die Köln. Volkszeitung schreibt hierzu: Wir glauben, daß im ganzen preussischen Lande neben dem Gefühl maßloser Verblüffung sich ein ernstes Widerstand gegen diese Maßnahme regen wird, die nichts anderes darstellt als eine Vergewaltigung der Katholiken und Protestanten. Die Bischöfe als die berufenen Vertreter des katholischen Volkes werden wohl gegen diese Maßnahme Stellung nehmen. Kardinal v. Hartmann aus Köln und Erzbischof Bertram aus Breslau sind über den geplanten neuen Schritt der Regierung bereits unterrichtet worden.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

WTB. Keine Textilrohstoffnot. Amtlich wird erklärt: Trotz der vierzehnjährigen Blase sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstoffen zu decken.

WTB. Überfahrt. 22. Nov. Bei einer Dienstreise durch die Stadt führte in der vorhin durchgeführten Bräuherrnstraße ein Kraftwagen um und begab die Insassen unter sich. Hierbei wurde der soeben aus dem Felde zurückgekehrte Lehrer Lehenbender von hier sofort getötet, ein Offizier erlitt schwere Verletzungen, die übrigen Mitfahrenden kamen mit leichten Verwundungen davon.

WTB. Frankfurt a. M., 21. Nov. Auf dem Übungsplatz Griesheim steht seit 14 Tagen ein gewaltiger englischer Doppeldecker mit zwei Propellern. Da sich niemand um die Maschine kümmert, hat jetzt die Bevölkerung mit der Abstellung des Flugzeuges begonnen, leider in solcher Weise, daß fast nur noch Trümmerhaufen vorhanden sind.

WTB. Frankfurt a. M., 22. Nov. Aus dem Seidenwarengeschäft von Schwarzfeld-Dohs, Hofmarkt, wurden in der Nacht zum Donnerstag für annähernd 60 000 Mark Seidenstoffe gestohlen. Das Geschäft war vor kurzem schon einmal gründlich ausgeplündert worden.

WTB. Frankfurt a. M., 22. Nov. Der Frankfurter Magistrat wandte sich vor einigen Tagen mit dem Ersuchen an die Waffenstillstandskommission, ihm mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Ernährung usw. endgültig Bescheid zu geben, ob auch Frankfurt in die neutrale Zone oder das besetzte Gebiet falle. Darauf ist, wie die „Frankf. Ztg.“ erzählt, der Bescheid eingegangen, daß nach der neuesten Auslegung der Bedingungen Frankfurt teilweise zum Brückenkopf Mainz gehört, teilweise neutrale Zone sei. Der Magistrat beschloß darauf, die Waffenstillstandskommission und die Oberste Heeresleitung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Frankfurt überhaupt nicht besetzt werde, denn eine geordnete Verwaltung sei in einer teilweise besetzten Stadt nicht möglich.

Aus Bad, Ems und Umgegend.

Der Kreisverband für Handwerk und Gewerbe im Unterlahnkreis, Diez, teilt uns folgendes mit: Vom Kriegsausbruch der Deutschen Industrie in Berlin erhalten wir heute das nachstehende Telegramm: „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung bittet durch die uns angeschlossenen Verbände auf die Bevölkerung in den zu räumenden und vom Feinde zu besetzenden Gebieten einzuwirken, daß sie an Ort und Stelle bleibt. Ein Zurückziehen der Bevölkerung aus diesen Gebieten würde größte Schwierigkeiten herbeiführen, insbesondere der Ernährung der zurückstrebenden Massen äußerst gefährden. Behörden sind angewiesen, auf ihren Posten zu verbleiben.“ Der an uns ergangenen Aufforderung kommen wir hierdurch nach und richten an unsere Geschäftsfreunde die dringende Bitte, den bevorstehenden schwierigen Verhältnissen Rechnung zu tragen und darauf hinzuwirken, daß die Bevölkerung unbedingt am bisherigen Wohnort verbleibt. Durch ein Zurückziehen der Bevölkerung in größerem oder kleinerem Maßstabe würden zweifellos auf den zur Versorgung stehenden Eisenbahnlinien, die durch den Abtransport ohnehin bis zum Neuesten belastet sind, Störungen unvermeidlich werden, wodurch die augenblicklich wichtigste Aufgabe — die weitere möglichst ungehinderte Ernährung der Bevölkerung — behindert oder gänzlich unmöglich gemacht würde. Da auch die Behörden angewiesen sind, auf ihren Posten zu verbleiben, und damit ein gewisser Schutz für die Einwohnerschaft gewährleistet wird, so ist es Pflicht jedes Einzelnen, der von Berlin gegebenen Weisung nachzukommen und nicht durch eigenmächtiges Handeln das Volksganze zu gefährden.

